

Berlin, 16. Februar 2022

Pressemitteilung Nr.: 2/2022

Endlagersuche für Atommüll

NBG nimmt Akteneinsicht bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung

Die Suche nach einem Atommüll-Endlager lebt von Vertrauen. Kein Vertrauen ohne Transparenz: Am 14.02.2022 hat eine Delegation des Nationalen Begleitgremiums (NBG) bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Akteneinsicht genommen. Das Akteneinsichtsrecht steht dem NBG gesetzlich zu. Das Gremium agiert hier stellvertretend für die Öffentlichkeit und stellt ein Mehr-Augen-Prinzip sicher. Auch die BGE kann von NBG-Akteneinsichten profitieren: Die Fragen des Gremiums können dabei helfen, die hohen Anforderungen des Standortauswahlgesetzes (StandAG) in puncto Partizipation, Wissenschaftlichkeit und Transparenz zu erfüllen.

Die Aufgabe des Nationalen Begleitgremiums ist laut StandAG die vermittelnde und unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens, insbesondere der Öffentlichkeitsbeteiligung, mit dem Ziel, so Vertrauen in die Verfahrensdurchführung zu ermöglichen.

Im StandAG ist auch ein umfassendes Akteneinsichtsrecht für das NBG in alle Akten und Unterlagen des Standortauswahlverfahrens geregelt.

Als Vorhabenträgerin entwickelt die BGE derzeit die Methodik der in diesem Schritt durchzuführenden repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU). Diese Methodik soll Ende März 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

In seiner Sitzung am 20. Januar 2022 hatte das Nationale Begleitgremium die Details der bereits im vergangenen November angekündigten Akteneinsicht nach § 8 Abs. 2 S. 1 StandAG bei der BGE beschlossen.

Am 14.02.2022 hat eine Delegation des NBG nun bei der BGE Einsicht in Unterlagen zu folgenden Themen genommen:

- Dokumentation des Austauschs mit den Autoren der SicherheitsVO (vgl. Quartalsbericht III/2021)
- Dokumentation der bisher geführten Fachgespräche und Workshops mit der Entsorgungskommission (ESK) seit 09/2020

- Dokumentationen der Fachgespräche und Workshops mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Endlagerforschung (DAEF) seit 09/2020
- Dokumentation der Fachgespräche und Workshops mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) seit 09/2020
- Dokumente der Inhouse Workshops zu Schritt 2 der Phase 1
- Dokumentation des Treffens mit den Staatlichen Geologischen Diensten am 8. Dezember 2021 (Protokoll, Präsentation, ggf. weitere Unterlagen - GZ SG01201/3/42-2021#1-XX)
- Dokumentation der Umsetzung der Leitlinie der ESK zum Sicherheitsmanagement in Endlagerorganisationen
- Dokumentation der Ausschreibung und Vergabe des Projektes „Einfluss zyklischer Vergletscherungen auf Salzstrukturen als potenzielle Endlagerstandorte“ an die Firma SmartTectonics

Die NBG-Delegation umfasste folgende Personen:

Miranda Schreurs (Ko-Vorsitzende), Günther Beckstein, Klaus Brunsmeier, Markus Dröge, Marion Durst, Rainer Grießhammer, Monika C.M. Müller, Werner Rühm, Maria-Theresia Schafmeister, Manfred Suddendorf sowie Claudia Strobl und Venio Quinque von Seiten der NBG-Geschäftsstelle. Unterstützt wurde die Delegation von einem Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Bernhard Schuck.

Nachfolgende Diskussion bei der NBG-Sitzung

Im Rahmen der 59. NBG-Sitzung am 15.2.2022 wurde die Akteneinsicht gemeinsam mit den BGE-Geschäftsführern Stefan Studt und Steffen Kanitz nachbesprochen: Wesentliche Punkte waren die Transparenz der Dokumentationsweise, die Transparenz der Arbeitsweise sowie Fragen zur Vergabe wissenschaftlicher Gutachten.

NBG-Ko-Vorsitzende Miranda Schreurs:

„Das Akteneinsichtsrecht zielt in erster Linie auf Transparenz im Standortauswahlverfahren. Das NBG agiert hier stellvertretend für die Öffentlichkeit und stellt ein Mehr-Augen-Prinzip sicher. Auf der anderen Seite kann auch die BGE von NBG-Akteneinsichten profitieren. Die Fragen des NBG können dabei helfen, die hohen Anforderungen des StandAG in puncto Partizipation, Wissenschaftlichkeit und Transparenz zu erfüllen.“

Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium
Venio Quinque
Generalsekretär
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655

presse@nationales-begleitgremium.de

Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium. Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Studierende, interessierte Bürger*innen – die Bandbreite der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Ziel ist es, die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle vermittelnd zu begleiten – unabhängig, transparent und bürgernah.

Dem Gremium gehören nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) 18 Mitglieder an: Zwölf anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden und sechs Bürgervertreter*innen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden. Eine Amtszeit beträgt drei Jahre, zwei Wiederwahlen sind möglich.

Zu den anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs**, Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald**, Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Vorstandssprecher der Stiftung Zukunft Berlin
- **Prof. Dr. Rainer Griebhammer**, Chemiker, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Werner Rühm**, Leiter der Arbeitsgruppe „Medizin- und Umweltdosimetrie“ im Institut für Strahlenmedizin am Helmholtz Zentrum München
- **Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey**, Physiker, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf
- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

Als Bürgervertreter*innen benannt sind

- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik, Jena/Thüringen
- **Tobias Flieger**, Marktforscher mit Schwerpunkt User Experience, Wiesbaden/Hessen
- **Annette Lindackers**, Ingenieurin und freie Journalistin, Radebeul/Sachsen
- **Arnjo Sittig**, Student der Politikwissenschaft, Chemnitz/Sachsen
- **Jorina Suckow**, Rechtsreferendarin, Hamburg
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg